

Die AfD und ihre alternative Nationalerziehung

von Johannes Schillo

Die AfD legt, was das *Auswege-Magazin* bereits mehrfach zum Thema gemacht hat (vgl. Schillo 2017, 2018), großen Wert auf eine ideologische Säuberung der politischen Bildung, etwa mit Hilfe von Online-Plattformen, die per Denunziation einschlägiger Lehrkräfte die Verbreitung „linker Ideologien“ unterbinden sollen, oder mit dem Aufbruch einer national gesinnten Bildungsarbeit durch die eigene Desiderius-Erasmus-Stiftung, die 2018 gegründet wurde. Dazu weitere Informationen von Johannes Schillo.

Beutelsbach: Konsens gegen links

Die AfD interessiert sich brennend für politische Bildung und will mit ihrer parteinahen Stiftung – sozusagen in einem volkspädagogischen Kraftakt – aktiv für ein gesundes Nationalbewusstsein, für eine „gefestigte Nationalidentität“ (AfD Sachsen-Anhalt), eintreten; sie will aber auch und vor allem die angeblich vorherrschende „politische Indoktrination“ durch den Geist der 68er beenden (vgl. GEW 2018). Dabei fallen im Grunde beide Zielsetzungen in eins: Mit einem Zerrbild des gegenwärtigen Bildungsbetriebs wird die Notwendigkeit einer Wertevermittlung beschworen, die das deutsche Volk als für alle verbindliche Schicksalsgemeinschaft an die erste Stelle rückt. Dabei mag die AfD mit ihrer Berufung auf „preußische Tugenden“ (Björn Höcke), „Erziehung zur Männlichkeit“ (Marc Jongen) oder ein „traditionelles Familienbild“ (Grundsatzprogramm) etwas aus dem Rahmen fallen, bildungspolitisch bewegt sie sich im Mainstream des „Beutelsbacher Konsenses“, der neuerdings wieder von sich reden macht (vgl. Reinhardt 2019). Mit einer Expertentagung in Beutelsbach war ja vor fast 50 Jahren ein Schlussstrich unter den Aufbruch einer kritischen politischen Bildung gezogen worden, wie sie „nach 1968“ entstanden war und etwa im Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien für den staatsbürgerlichen Unterricht ihre Kreise gezogen hatte. Von konservativer Seite wurde der Experten-Konsens, der Indoktrination verbot, als Kapitulation der linken Pädagogik begrüßt – im Kern zutreffend, wie der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim in seinen Analysen gezeigt hat (vgl. Ahlheim/Schillo 2012, Ahlheim 2019).¹

**Das deutsche Volk als
die für alle verbindliche
Schicksalsgemeinschaft soll an
die erste Stelle gerückt werden**

1 Eine Kritik an den politikdidaktischen Leitlinien à la Beutelsbach, die Ende 2018 noch einmal durch die Empfehlungen der KMK zur Demokratiebildung bekräftigt worden sind, findet sich auf der *IVA-Website*:

Auf den Beutelsbacher Konsens, den auch die AfD explizit befürwortet, berufen sich heute alle maßgeblichen Stellen – von der Kultusministerkonferenz über die Parteien und Behörden (vgl. Widmaier/Zorn 2016) bis zu den Fachverbänden wie Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) oder Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GFPJE).

(Eine gemeinsame Stellungnahme der Verbände zum Thema Beutelsbach und AfD-Meldeportale ist im DVPB-Report *Polis*, Nr. 4/2018, veröffentlicht; eine Auseinandersetzung damit findet sich bei

Ahlheim 2019.) Das heißt, aufs Wesentliche konzentriert: Der mit dem Radikalenerlass von 1972 begonnene und durch die nachfolgenden politikdidaktischen Weichenstellungen bekräftigte Ausschluss systemkritischer antikapitalistischer Positionen aus dem öffentlichen Bildungswesen stellt die selbstverständliche Voraussetzung für den Politikunterricht und im Prinzip auch für ähnlich gelagerte außerschulische Bildungsbemühungen dar. Diese Stoßrichtung ist in den Jahrzehnten „nach Beutelsbach“ immer wieder bekräftigt worden. So hat einer der führenden Politikdidaktiker der Bundesrepublik, Wolfgang Sander, der auch bei der Säuberung und Transformation des DDR-Staatsbürgerkundebetriebs nach 1990 eine wichtige Rolle spielte, mit seiner Propagierung „neuer Lernkulturen“ den Kampf gegen die „missionarische Bildung“ der 68er zum Hauptpunkt einer pädagogischen Erneuerung gemacht (siehe Ahlheim/Schillo 2012, 93ff).

Sander gehörte zu dem Kreis der Modernisierer, die seit den 1980er Jahren die „affirmative Wende“ (Ahlheim) in der Erwachsenenbildung begleiteten bzw. durchsetzten. Sie definierten die neu entdeckten, d.h. von der Bildungspolitik angesagten Qualifizierungsnotwendigkeiten als Gegensatz oder – unter Umständen auch – als Ersatz der überkommenen linken Ideale („Emanzipation“, „Aufklärung“...) und sahen in den „mit 68“ aufgekommenen pädagogischen Ansprüchen auf Gesellschaftskritik ein einziges Hindernis zeitgemäßer Ausbildung: Entweder wurden solche Ideale als oberlehrerhafte Attitüde „selbst ernannter Aufklärer“ (Horst Siebert) denunziert und aus einem modernen, „kundenorientierten“ Bildungswesen ausgegrenzt oder der emanzipatorische Anspruch wurde (von Rolf Arnold u.a.) ans „selbst gesteuerte“ Individuum verwiesen, das im Rahmen einer modernen Wissensgesellschaft seine Chancen zu ergreifen habe, statt dass ihm kritische Bildungsprogramme Möglichkeiten der Gesellschaftsveränderung nahe bringen. Im Laufe dieser Entwicklung ist auch in sozialdemokratischen und liberalen Kreisen der Topos von den 68ern als Oberlehr-

Der Ausschluss systemkritischer Positionen aus dem öffentlichen Bildungswesen stellt die Voraussetzung für den Politikunterricht dar

„Gruß aus Beutelsbach“ samt Nachtrag (https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts18#dokuwiki_top).

ern, die die Menschen zu ihrem Glück zwingen wollen, zur Selbstverständlichkeit geworden.

Woher kommt der „völkische Populismus“?

Angesichts dieser Lage verwundert es, dass ein aktueller Blick ins „Gesicht des völkischen Populismus“ zu dem Schluss kommt, das Programm der AfD, das einem „links-rot-grün versuchten 68er-Deutschland“ (Meuthen) den Kampf ansagt, sei ein Novum im Politikbetrieb der BRD: „Solche Parolen gehörten bislang zum Vokabular der extremen Rechten“ und die AfD versuche jetzt, sie salonfähig zu machen (Häusler/Kellershohn 2018, 7). Da steht einiges auf dem Kopf! Erinnert sei nur an CSU-Dobrindt, der Anfang 2018 in seinem konservativen Manifest formulierte: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik.“ (FAZ, 9.1.2018) Damit resümierte Dobrindt die seit Jahren betriebene Polemik der CSU, mit Merkels Flüchtlingspolitik vom Sommer 2015 habe eine fatale Linksverschiebung der Republik stattgefunden und sei das deutsche Volk einem antinationalen Experiment ausgesetzt worden – eine Polemik, die übrigens mit den härtesten Vorwürfen („Herrschaft des Unrechts“) und den gängigen 68er-Klischees (Multikulti-Verblendung) arbeitete.

Nun mag bei der Flüchtlingspolitik eine Rivalität zwischen AfD und CSU der Art bestanden haben, dass erstere im Tagesgeschäft oft den Schrittmacher und letztere immer wieder den Nachzügler darstellte. Für den Bereich der (politischen) Pädagogik gilt das keinesfalls. Und auch beim Flüchtlingsthema hat sich die AfD letztlich bei der Absage an den Multikulturalismus bedient, die schon in den 1990er Jahren nach Asylrechtsänderung und „Das-Boot-ist-voll“-Rhetorik zum nationalen Konsens wurde.

Die AfD greift bei ihrer Wähleragitation nicht auf extremistisches Gedankengut zurück ...

Und zwar zu einem Konsens, den seine Vorkämpfer gegen die unselige Verachtung des Vaterlands durch die 68er-Ideen durchsetzen wollten. Die AfD greift also bei ihrer – in der Tat: fundamentaloppositionell zugespitzten – Wähleragitation nicht auf extremistisches Gedankengut zurück. Sie bedient sich vielmehr bei dem, was im etablierten Betrieb zählt, ist überhaupt das Produkt der demokratischen Ordnung, wie sie in den Prinzipien von Volk, Nationalstaat und nationaler Identität grundgelegt ist und wie sie sich am Standort Deutschland im Globalisierungszeitalter fortentwickelt hat.

Von Kritikern wurde und wird der aktuelle Stand dieser politischen Ordnung meist als Produkt einer neoliberalen Ideologie gekennzeichnet: als rücksichtsloser Nachvollzug der Marktgesetze, der nur noch – „alternativlos“ – die Wachstumsbedürfnisse des Kapitalstandorts gelten lässt. Zu diesem Programm der Stärkung Deutschlands im Rahmen der ver-

schärften globalen Konkurrenz will eine Partei wie die AfD Alternativen nationaler Machtentfaltung entdecken, klagt also auf ihre Art Pluralität ein und greift die TINA-Formal (There Is No Alternative) der herrschenden Politik an – worauf Neoliberalismuskritiker auf einmal als Gegenbild zum „Rechtspopulismus“ ausgerechnet die „liberale Demokratie“ beschwören, die es zu retten oder zu stärken gelte. Eine neue Studie zur Parlamentsarbeit der AfD hält etwa fest, dass „die autoritäre und autokratische Herrschaftsvorstellung der populistischen Rechten immer auch ein fundamentaler Angriff auf ein liberales und pluralistisches Verständnis von Demokratie ist“ (Hafeneger u.a. 2018, 5). Letzteres soll man also verteidigen!

Dabei räumt die genannte Studie gerade mit dem verbreiteten Vorurteil auf, rechte Parteien betrieben in Parlamenten nur „Antipolitik“ oder Obstruktion und seien zur Sacharbeit nicht fähig; wie sich zeigt, sind die Beschwerden und Vorschläge der AfD an vielen Stellen, nicht zuletzt bei der Bildungspolitik, anschlussfähig, beim Kampf gegen den linken und Ausländer-Extremismus z.B. ganz auf Linie. Und „zunehmend rühmt sich die AfD in den Ländern, dass ihre bildungspolitischen Vorstöße von der Union aufgegriffen werden“ (GEW 2018, Nr. 3). Dies zeigt

Positionen, die die „Populisten“ für sich reklamieren, sind von den etablierten Parteien bereits besetzt

natürlich auch, dass bereits eine Rechtsverschiebung im politischen System stattgefunden hat und dass Positionen, die die „Populisten“ für sich reklamieren, von den etablierten Parteien besetzt sind. Aber nicht rechte bis rechtsradikale Inhalte werden der AfD in erster Linie zum Vorwurf gemacht – wie die Fixierung auf das Etikett „Populismus“ belegt –, sie soll vielmehr anhand eines politischen Kampfbegriffs diskreditiert werden, mit dem sich die Parteien traditioneller Weise wechselseitig traktieren, sich Führungskompetenz absprechen und gefährliche Vereinfachung bescheinigen. „Populismus“ gilt als verfehlte Form von Volksnähe – eine eigenartige Begriffsbildung, die im Namen demokratischer Ideale dem „Demos“ seine zentrale Rolle in der Volksherrschaft abspricht und dies dann im Pleonasmus des „völkischen Populismus“ nochmals überbietet.

Dessen – erfolgreiches – Wirken im demokratischen Betrieb hierzulande und anderswo soll letztlich einen einzigen Angriff auf die Demokratie darstellen, heißt es immer wieder. So kommen etwa Alexander Häusler und Helmut Kellershohn in einer (auf eine Konferenz von 2017 zurückgehenden) Bestandsaufnahme neuerer Analysen des „völkischen Populismus“ zu dem Schluss, die „langfristig angelegte Strategie“ der AfD ziele auf „einen ‚Umbau‘ des demokratisch verfassten Staates“ (2018, 7). Dass von den rechten Parteien in Europa Varianten und Optionen der nationalen Durchsetzung ihres jeweiligen demokratischen Kapitalismus erprobt und dafür Essentials dieser Herrschaftsform zugespitzt und neu in Stellung ge-

bracht werden, gerät dabei aus dem Fokus. Statt dessen wird das größtmögliche Negativurteil bemüht: Es handelt sich um Antidemokraten!

Nun mag man den warnenden Prognosen nicht bestreiten, dass der rechte Aufbruch in seiner Konsequenz – entsprechende Radikalisierung und Formierung vorausgesetzt – zum Faschismus führt. Nur könnten sich solche Warner an das erinnern, was Max Horkheimer 1939 feststellte: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (zitiert nach wi-

kiquote.org/wiki/Max_Horkheimer). Der Mainstream der Rechtsextremismus- und Rechtspopulismusforscher will das offenkundig nicht.

Ihm geht es um populistische, extrem(istisch)e, autoritäre, radikale, menschenfeindliche, völkisch-nationalistische, chauvinistische, kurz: antidemokratische Umtriebe, vom Kapitalismus ist gelegentlich (mit Vorliebe: in seiner neoliberalen oder autoritären Entartung), vom Faschismus ganz selten die Rede. Rechtsextremismusforschung hat nämlich von vornherein entschieden, worum es geht: um die Abwehr des „Extremismus“, der als das Feind- und Gegenbild zur (liberalen) Demokratie ausgemalt wird. Eine pädagogische Praxis, die sich darauf verpflichten lässt, ist dann staatstragende Indoktrination par excellence, die man natürlich nicht so nennen darf.

Gegen eine solche antiextremistische Orientierung, sofern sie Linke und Ausländer ins Visier nimmt, hat die AfD nichts, begrüßt sie vielmehr. Dass ein derartiger Konsens jetzt nochmals von den maßgeblichen Stellen bestätigt wird, kann die Partei also schon einmal als Erfolg verbuchen. Da ist es ein schwacher Trost, dass dank ihrer jüngsten Interventionen die „Atmosphäre“ an den Schulen „ähnlich aufgeheizt wie in den 70er-Jahren“ ist. So sieht es jedenfalls die Politikdidaktikerin Sibylle Reinhardt, die angesichts der neuen nationalen Politik-Alternativen sogar festhält: „Politikunterricht ist wieder brisant geworden.“ (Reinhardt 2019, 6)



Nachweise

- Klaus Ahlheim, Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co. Ulm 2019.
- Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.), Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover 2012.
- GEW, Die Bildungspolitik der AfD. Teil 1-3. Autor: Erhard Korn. 23.4., 2.5. und 7.5.2018, online: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungspolitik-der-afd-wenn-wir-kommen-wird-ausgemistet/>

- Benno Hafeneger/Hannah Jestädt/Lisa-Marie Klose/Philine Lewek, AfD in Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt/M. 2018.
- Alexander Häusler/Helmut Kellershohn (Hg.), Das Gesicht des völkischen Populismus – Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster 2018.
- Sibylle Reinhardt, Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens – Kommentar zum Portal „Neutrale Schulen“ der AfD in Hamburg. In: GWP, Nr. 1, 2019, S. 1-7, online: <https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/32524/27990>.
- Johannes Schillo, Alternative politische Bildung für Deutschland – Die AfD und ihr bildungspolitischer Aufbruch. In: Auswege-Magazin, 16.6.2017, <http://www.magazin-auswege.de/tag/schillo/>.
- Johannes Schillo, Die AfD und ihre Desiderius-Erasmus-Stiftung In: Auswege-Magazin, 4.10.2018, <http://www.magazin-auswege.de/tag/schillo/>.
- Johannes Schillo, „Beutelsbach“ versus AfD-Denunziation? In: Auswege-Magazin, 22.10.2018, <http://www.magazin-auswege.de/tag/schillo/>.
- Benedikt Widmaier/Peter Zorn (Hg.), Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 1793. Bonn 2016.

Über den Autor

Johannes Schillo (*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

☛ [Hier geht es zu weiteren Beiträgen von Johannes Schillo](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
 Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com